



Der Sturz der Mittelmächte

Nowak, Karl Friedrich

München, 1921

Waffenstillstandsbitte

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:1-84190)

WAFFENSTILLSTANDSBITTE

Der Rückmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen aus Albanien war, als die Orientarmee des Generals Franchet d'Esprey sich ein offenes Tor durch Mazedonien erzwungen hatte, ein Rückschlag von augenblicklicher und selbstverständlicher Folge. Ihm kam nur örtliche Bedeutung zu. Aber, indes der Generaloberst von Pflanzer-Baltin, unter dem Eindruck lakinischer Anfangsmeldungen, noch Tagebuchnotizen der Hoffnung niederschrieb, indes er mit dem Ueberlegenheitsgefühl, das ihm die Stärke der eigenen Kampflinien gab, sich mit der Wahrscheinlichkeit vorübergehender und heilbarer Einbußen bei den Bulgaren noch trösten wollte, spielte der Draht die Nachricht des Vollzogenen auch schon vorhängnis schwer und als Schicksalsankündigung in die Hauptquartiere und Hauptstädte der Mittelmächte.

Alles wankte. Der Atem setzte aus in der Minute, da der Beschuß Bulgariens, die Waffen niederzulegen, unverrückbar geworden war. Die Wahrheit war verschleiert worden. Der Erste Generalquartiermeister hatte am 18. September gemeldet:

„Oestlich der Czerna stehen die Bulgaren seit dem 15. September im Kampf mit Franzosen, Serben und Griechen. Zur Abwehr des Feindes sind auch deutsche Bataillone eingesetzt worden.“

Dann waren unklare bulgarische Berichte gefolgt. Der Erste Generalquartiermeister hatte auf die mazedonischen Ereignisse nicht mehr zurückgegriffen. Aber jetzt ver-

sagten, indes die öffentliche Stimmung vorbereitet und Entschlüsse gefaßt werden mußten, überall bei den Mittelmächten den Führern die Nerven. Sofort erbebte die österreichisch-ungarische Monarchie unter dem Ereignis. Der Ministerpräsident bat den Tschechenführer Tusar zu sich, um ihm Eröffnungen und Zugeständnisse zu machen, die in solchem Augenblick jede Ausdeutung erlaubten. Von unbeschreiblichem Erlebnis leichenfahl, dennoch mit den Zeichen aus historischer Dämmerung auftauchenden, mühsam verhaltenen Triumphes, stürzte der Abgeordnete aus dem Kabinett des Ministers. Vielleicht sah nur der Chef des Generalstabes Baron Arz, dessen Art sich fast immer Gleichmut zu wahren wußte, am kaiserlichen Hofe diesmal noch einen Riegel gegen wahrscheinlich kommende Zusammenhänge. Baron Arz verlangte, um an eine neue Balkanfront sichere und natürliche Verteidiger zu stellen, die südslawische Lösung ohne weiteren Aufschub. Aber das Schwergewicht der Situation lag in jenen Tagen und Stunden gar nicht bei der Monarchie: weder Schwergewicht, noch Bestimmung. Deutschland, der stärkste unter den Bundesgenossen, riß beide an sich und diktirte den Weg in die nächste Zukunft. Kaum mehr aus Dunkel und Tiefe, zum Vorbruch längst bereit, drängten dort, im Innern des Reiches, Erschütterungen in vielfältiger Zahl empor. Der Reichskanzler Graf Hertling stand vor Volk und Reichstag seit Septembermitte nur mehr mit krisenhafter Macht. Jetzt sprach der Draht aus Sofia. Und nicht nur der Reichskanzler fiel. Der Bau des Staates erzitterte. Denn auch General Ludendorff brach nieder.

Das bulgarische Unglück traf den Grafen Hertling schon im Abbau seiner Kanzlerschaft. Aber wenn die Parteien des Reichstages auch die Meinung vertraten, daß nunmehr der Ernst der Zeit eine „kraftvollere Persönlichkeit“

an die Spitze der Reichsgeschäfte verlange, so war es doch nichts als Verbrämung, wenn die Forderungen nach einem andern Mann am Kanzlerische riefen. Nicht um den Mann allein ging die Krise: die Fordernden riefen nach Rechten. Die Krise ging um die Macht. Endlich glaubten alle, die darum kämpften, die Zeit für gekommen, daß sie übergleiten konnte von den bisher Herrschenden zum Volke, das bisher beherrscht war. Unterirdisch war mancherlei geschehen bisher. Vor allem rollten russische Gelder lange schon, russische Aufruhrliteratur flatte eine ganze Weile bereits unter die deutschen Arbeiter unmittelbar aus dem Hause des russischen Botschafters Joffe. Ihre Ausstrahlungen waren, als man eines Tages den wahren Inhalt der aus Petersburg eintreffenden Kurierstücke entdeckte und die Abberufung des Sowjetvertreters aus Berlin verlangte, längst schon Massenwirkung geworden. Aber in offenem Vorstoß hatte sich bisher doch eigentlich nur Mathias Erzberger, der ehrgeizige, der Militärmacht feindliche Friedensapostel, als Zentrumsführer gegen die Hertlingsche Regierung gestellt. Jetzt aber tauchten, da das Kriegsglück von den Mittelmächten offenbar scheiden wollte, da die Allmacht der Generale mit immer geringerer Aussicht dem Vormarsch der Gegner sich entgegenstimmte, Wortführer über Wortführer auf, die nicht nur mit Parteigenossen über Zukunftsmöglichkeiten sich besprechen wollten. Umherschwirrende Schlagworte, die bis dahin nur atmosphärisch gewirkt hatten, verdeckte Lösungen in großen Zirkeln, wurden nunmehr Fanfaren in aufgeregtem Reichstag. Sie wurden nicht einzeln in einen Kampf gestoßen, der plötzlich vollends und wild entfacht schien. Sie schmetterten von allen Seiten. Die Mehrheitsparteien des Reichstages drängten geschlossen gegen den Kanzler an. Der Schlachtschrei hieß: „Parlamentarisierung“.

Der 20. September hörte die große, neue Parole. Aber schon hatten die Sozialdemokraten genau begrenzte Forderung: drei Ministerposten begehrten sie am gleichen Tage für ihre Partei. Rings schien die ganze Mehrheit gegen das Hauptquartier oder gegen den Geist aufzustehen, dessen sie die „Oberste Heeresleitung“ in der Einflußnahme auf die politischen Geschäfte des Reiches bezichtigte. Den Kanzler überschütteten die Vorwürfe, daß die Generale alles Regieren außer Kraft setzten. Neu war der Sturm, neu die Sprache, vier Tage brauchte der Kanzler, bis daß er sich, schwach in abgebrauchten Wendungen, gegen den scharfen Vorstoß wehrte. Aber die Sozialisten hörten jetzt gar nicht mehr, was Graf Hertling über den deutschen Einmarsch in Belgien, über König Eduards Einkreisungsversuche, über den „wahren Militarismus“ von Deutschlands Gegnern sprach. Ueber Nacht schien den Sozialisten die Zeit des Angriffs gekommen. Gegen die Beteuerungen des Kanzlers hielten sie fertige sechs Postulate: Friedensforderungen, die aufs neue die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 bekräftigten, klar die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Montenegros verlangten und die Friedensschlüsse von Brest, wie Bukarest als Hindernisse für den allgemeinen Frieden nicht mehr dulden wollten, Verfassungsforderung und Wahlrechtsforderung, endlich Freiheitsforderung für jede politische Betätigung — —

Erst mochte die Kühnheit selbst den gleichmütigen Kanzler verblüffen. Aber Sprache und Begehren steigerten sich vor ihm jäh. Vierundzwanzig Stunden später hatte die Stellung der Regierung sich noch erheblich verschlechtert. Der Kriegsminister von Stein war mit einem Geheimerlaß gegen „neuerliche, durchaus unerwünschte Propaganda für internationalen Pazifismus“ zu Felde gezogen. Die Vereinigungen „Völkerrecht“ und „Deutsche Friedensgesell-

schaft“ hatte Versammlungen geplant, um „für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 17. Juli 1917 einzutreten“. Der Minister hatte die Versammlungen verhindert. Das Zentrum im Reichstage trat gegen den Kanzler an die Seite der Sozialisten. Nicht nur die verbotenen Versammlungen, die die Auffassung und Wirkung eines Reichstagbeschlusses hatten vertiefen wollen, standen auf dem Schuldzettel des Grafen Hertling. Auch in der äußeren Politik war man seit undenkbarer Zeiten nicht weitergekommen; nicht eine Spur von Lösung war in der Polenfrage zuwege gebracht worden. Auch hier stand offenbar, wie der Kriegsminister mit seinem Geheimerlaß hinter dem Versammlungsverbot, die Generallität im Wege.

„Der Wille der Reichsregierung muß sich gegen alle Widerstände durchsetzen.“ Viele Sünden hielt der Zentrumsabgeordnete Gröber dem Kanzler vor. „Was ist das für eine Verwirrung in der Führung unserer Politik!“ —

Graf Hertling hoffte, durch Nachgiebigkeit die Gemüter zu besänftigen. Er gab die Billigkeit der Beschwerden zu. Er schlug bürgerliche Mitsprecher bei den militärischen Stellen in allen Dingen des Belagerungszustandes vor. Das Zugeständnis schien dem Kanzler viel. Aber man schrieb den 26. September 1918. Der Draht aus Sofia wurde immer gesprächiger. Am Tage darauf beriet der Staatssekretär von Hintze mit den Parteiführern, denen er die durch die bulgarischen Ereignisse geschaffene Lage bereits als so rückhaltlos ernst schildern mußte, daß sie die Kanzlerzusagen gering fanden. Alle riefen in diesem Augenblick nach der „kraftvolleren Persönlichkeit“, als der Kanzler eine war: aber der Staatssekretär von Hintze wußte, daß jetzt, da er sich zum Vortrag beim Kaiser und zur Reise ins Hauptquartier anschickte, Kanzlerwechsel und Machtverschiebung eine Einheit waren.

Der Erste Generalquartiermeister hatte am 29. September in seinem Innern einen schweren Entschluß besiegt: er wollte Waffenstillstand für seine Heere vom vormarschierenden Gegner fordern. Sechs Wochen lang hatte er der Ueberzeugung gelebt, daß er im Kronrat des 14. Augusts die Notwendigkeiten von Friedensschritten betont, daß er die Einleitung von Friedensschritten selbst verlangt hätte. Wenn auch der Staatssekretär von Hintze sich durchaus anderer Haltung des Generalquartiermeisters besann; wenn auch Kaiser Karl mit Eindrücken, die aus anderer Auffassung des Generals gewonnen waren, in der Augustmitte von Spa heimreiste; wenn auch der Admiral von Hintze seine Wiener Haltung mit Rücksicht auf General Ludendorffs Auffassung im August so hatte einrichten müssen, daß nicht nur der österreichische Ministerpräsident über die „Unbelehrbarkeit der deutschen Generale“ klagte; und wenn sich auch in der Umgebung des Ersten Generalquartiermeisters die nächsten Helfer wesentlich verschiedener Beleuchtung erinnerten, die der General für die kommende Entwicklung gegeben hatte: der Erste Generalquartiermeister selbst hatte doch jetzt die volle Ueberzeugung, nicht, daß er von „strategischer Defensive“ gesprochen hatte, an der sich zuletzt doch der Kriegswillen der Gegner brechen müßte, vielmehr, daß er selbst zur Friedenseinleitung gedrängt hatte. Sicher war, daß die Nerven des Generals gelitten hatten. Freilich war Aehnliches schon einmal geschehen, als er zur Zeit von Brest Litowsk sich zuerst auf Kronratsabmachungen über die Richtlinien für den Staatssekretär von Kühlmann berief, auf Abmachungen in aller Form, deren Vorhandensein er dann gegenüber dem General Hoffmann bestritt. Er hatte im Kreuznacher Kronrat gesessen, ohne zu sprechen. Und dann vermeint, gesprochen zu haben. Er hatte im Kronrat zu Spa geschwiegen, als es um die

Friedensaktion ging. Hatte im Kaiser von Oesterreich, in seinem Gefolge, in Admiral von Hintze, in seiner eigenen Umgebung bestimmte Vorstellungen von unzerschellbarer Abwehr geweckt. An die Vorstellungen erinnerte er sich jetzt nicht mehr. Aber auf die Not zum Frieden hingewiesen zu haben, war er überzeugt. Seiner Art entsprach es, Gedankenverbindungen eine ganze Zeit stumm bei sich zu tragen, ihnen im Innern zu folgen, ohne einen Blick nach rechts und links, dann plötzlich die Gedankenverbindung zu einem Resultat gewaltsam zu entladen, dessen schroffe und unerwartete Wirkung er nicht begriff, weil er die Beteiligten längst über seine Gedankengänge von sich unterrichtet glaubte. Angeborene Heftigkeit steigerte so noch die Ueberraschung und oft Unbegreifliches. Und die angegriffenen Nerven, die von den Erlebnissen der jüngsten Monate und von der Sorge um kleinste Einzelheiten in gleicher Schwere belastet waren, steigerten zuletzt die Heftigkeit. Horizonte hatte er nie gesehen. Eingebildetes wähnte er als Aussprache geformt und nur nicht beachtet. Im Aufbrausen besann er sich seiner ganzen Allmacht und vergaß Perspektiven und Folgen seines Handelns ganz. Klar wußte er anzuordnen, klar Division neben Division zu stellen: wenn das Glück mit dem Soldaten war. Aber jetzt brach das Schicksal Bulgariens herein. Er hatte es nicht kommen sehen. Er hatte drei deutsche Bataillone in die bulgarische Front gestellt. Das unwiderrufliche Ereignis traf ihn als Donnerschlag.

Alles hielt der Generalquartiermeister für verloren. Die Notrufe des Kronrates in Sofia am 25. September hatten ihm die allgemeine Waffenstillstandsbitte nicht abringen können. Aber, da nach vier Tagen die Bulgaren allein die Waffen strecken mußten, fragte er in letzter Entscheidung den herbeigeeilten Staatssekretär, was seit seiner eigenen angeblichen Aufforderung dazu für die Herstel-

lung von Verhandlungen geschehen sei. Der Staatssekretär, der von sich aus über Holland eine Annäherung hatte herstellen wollen, mußte erwidern, daß ihm bisher positive Ergebnisse seiner Bemühungen versagt geblieben wären. Der General brauste auf. Nichts war in langer Zwischenzeit geschehen. Jetzt verlor er endlich die Geduld. Freilich verlor er auch die Ueberlegung. Jede Ueberlegung. Um die Mittagsstunde des 29. September, an einem Sonntag, trat er mit dem Generalfeldmarschall vor den Kaiser. Der Zusammenbruch wäre da. Der Kaiser hörte die Generale in stummbleibender Erschütterung. Dann behielten seine Worte die Würde. Abends schien er gebrochen und jäh gealtert. Der Erste Generalquartiermeister forderte Waffenstillstand binnen vierundzwanzig Stunden.

Der Staatssekretär von Hintze mußte sich gestehen, daß die Forderung General Ludendorffs nicht mehr und nicht weniger war, als die Kapitulation der deutschen Militärmacht. Der Krieg war als verloren erklärt: dies war die Kapitulation nach außen, wie nach innen, — zu erwägen blieb lediglich, wie viel im Innern des Reiches noch zu retten war. Gärungen hatten an die Oberfläche laut und oft und deutlich genug geschlagen. Zukunftsausblicke verstand niemand besser und eindringlicher zu malen, als der Admiral von Hintze. Von seiner Gewohnheit, Visionen an kleine Voraussetzungen zu knüpfen, die dann selten eintrafen, mußte er nicht abstehen. Im Gegenteil: die sonst unbemerkt hingeworfene Voraussetzung konnte er diesmal betonen und unterstreichen. Er malte in allen Farben die Revolution: wenn der Kaiser nicht zu Zugeständnissen sich entschloß. Noch ein einziges Mittel gab es vielleicht, das deutsche Volk bei Dynastie und Selbstwehr zu halten, dann vielleicht sogar in Selbstwehr auch bis zu bitterstem Schluß: den Machtverzicht, die Machtverschiebung, — die Machtaufrichtung des Vol-

kes. Und ruhig entschied sich der Kaiser. Widerstände der Umgebung verstummen schließlich. Der Kaiser unterschrieb, ohne daß die Entschließung allzu lange gedauert hätte, daß schwerste Schriftstück seiner Regentschaft. Die Parole: „Parlamentarismus“ wurde kaiserlicher Vorbote neukommender Verfassung. Der Glanz völkerbeglückenden und glückblendenden Geschenkes fehlte dem Akt: er trug das Datum von Ludendorffs Waffenstillstandsforderung. Aber auf alle Fälle tat jetzt Eile not und Arbeit drängte. Der Kanzler bot, zumal sein Abgang ausgemacht schon seit Tagen war, den Rücktritt am 30. September an. Aber einen Führer ins neue System wußte im ersten Augenblick niemand. Noch wußte man nicht einmal, ob dies System mit einem Koalitionsministerium aus allen Parteien oder mit einer Regierung beginnen sollte, hinter der das Programm der Reichstagsmehrheit stand. Rasch wechselten in Stunden, rasch fielen die Kandidaten für den Kanzlerposten. Aber stets dringlicher in regierungsloser Zeit wurde die Entscheidung, denn die Notrufe des „Großen Hauptquartiers“ wollten jetzt nicht mehr verstummen. Am 1. Oktober, 1 Uhr 30 nachmittags, drahtete der Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Vizekanzler von Payer:

„Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen einverstanden.“

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. von Hindenburg.“

Und eine halbe Stunde später, am 1. Oktober, 2 Uhr nachmittags, übermittelte der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim „Großen Hauptquartier“ über Auftrag des Ersten Generalquartiermeisters die „Bitte“:

„Das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.“ — —

Die Frist war so vom Generalquartiermeister in jedem Fall auf Stundenschlag bemessen. Und die Suche nach dem Kanzler wurde Hast. In der badischen Kammer hatte der Prinz Max von Baden vor Zeit einmal Reden von demokratischer Färbung gehalten. Ueberdies hatte ihm seine warme Tätigkeit für das „Rote Kreuz“ wirkliche Sympathien auch bei Deutschlands Gegnern eingebracht. Er war ein katholischer Fürst. Demokraten und Zentrumsleute konnten mit ihm zufrieden sein. Schon als Michaelis kam, der sich dann selbst unsicher seinen Mitarbeitern als „Zuschauer am Wagen der großen Politik“ vorgestellt hatte, war Prinz Max für die Kanzlerschaft von den Freisinnigen vorgeschlagen worden. Den Sozialisten war es nach einigem Bedenken im Grunde doch gleich, wer ihre Forderungen erfüllte, ob ein Prinz oder ein anderer. In Berlin war der badische Thronerbe schon am 1. Oktober eingetroffen. Immer dringender, immer einheitlicher hatten um den Kaiser Stimmen von allen Seiten ihn als einzigen Kandidaten bezeichnet. Er hielt sich im Augenblick in Dessau auf. Der Chef des Zivilkabinetts von Berg rief ihn nach Berlin; dem Großherzog hatte eine kaiserliche Depesche die Bitte ausgesprochen, den Prinzen für die Uebernahme zu gewinnen. Das Mehrheitsprogramm wurde das prinzliche Programm. Ueber kaiserlichen Auftrag waren mit den Parteien, die ihre Wünsche anmeldeten, entscheidende Vorverhandlungen durch den Vizekanzler von Payer schon vor dem Eintreffen des Prinzen geführt worden. Eigentlich fand er so bereits ein fertiges Kabinett vor. Er vermochte eigene Wahl für seine Mitarbeiter nicht mehr zu treffen. Ueber die nächsten Schritte beriet am 2. Oktober ein Kronrat,

der unter dem Vorsitz des Kaisers den Generalfeldmarschall, den Vizekanzler und den Staatssekretär von Hintze mit dem Prinzen zusammenführte. Der Kaiser billigte die bestimmt ablehnende Haltung des Prinzen Max in der Frage der Waffenstillstandsbitte nicht. Kaiser Wilhelm stellte sich fast schroff auf den Standpunkt der „Obersten Heeresleitung“. Jetzt trat der neue Kanzler, als der erste Führer in veränderte Zukunft, vor den Reichstag. Und das große, schicksalsschwere Rad drehte zu un- aufhaltsamem Rollen an.

Es war das erste, daß der Kanzler die Forderung des Hauptquartiers erfüllen mußte. So sehr er sich auch wehrte. Denn er wußte, daß das Verlangen der „Obersten Heeresleitung“ das Hissen der weißen Fahne bedeutete. Die Schilderung des Hauptquartiers über die Lage an der Front hielt er für übertrieben. Prinz Max schwankte, ob es nicht richtiger wäre, auf den Schlachtfeldern lieber die Maaslinie anzustreben und das Waffenstillstandsangebot zu unterlassen. Aber die „Oberste Heeresleitung“ stand von ihrer Forderung nicht ab. Der Erste Generalquartiermeister ließ selbst am 2. Oktober einen Entwurf der Note aus dem Hauptquartier telephonisch übermitteln. Der Prinz verwahrte sich noch einmal gegen die Waffenstillstandsbitte in einem Schriftstück, das er dem Generalfeldmarschall selbst verlas. Der Generalfeldmarschall aber bestand in der Unterredung mit dem Kanzler, gegen alle erneuten Widerstände des Prinzen, auf der Unerlässlichkeit des Schrittes. Den Niederschlag der Unterredung bestätigte auch er in einem Schreiben an den Kanzler. Vielleicht hätte der Prinz es vorgezogen, seine Bedenken statt dem Generalfeldmarschall doch lieber dem Ersten Generalquartiermeister vorzutragen. Er hatte die Ueberzeugung, in mündlicher Verhandlung nicht ohne allen

Eindruck auf General Ludendorff zu bleiben. Aber der General war in Spa. Der Generalfeldmarschall verharrte ohne Nachgiebigkeit auf der in Spa beschlossenen Haltung der Heeresleitung. Jetzt hatte der Prinz freilich die Wahl, von einer Kanzlerschaft, deren Voraussetzungen er überhaupt in keiner Weise nach seinen Wünschen geordnet sah, doch noch zurückzutreten. Aber sein Gedankengang, seine Beschlüsse endeten in der Erkenntnis und Formulierung:

„Das Waffenstillstandsangebot kommt doch: es ist besser, ich gebe es heraus, als ein anderer. Denn es ist noch eine Chance vorhanden, daß man bei mir auf einen freiwilligen Akt schließt, bei jedem anderen aber auf eine hoffnungslose Notlage“ — —

Der Erste Generalquartiermeister mußte schließlich selbst und in voller Verantwortung allein wissen, ob alle Gegner jetzt erkennen durften, daß nur schwerste, militärische Not die deutsche Zunge gelöst hatte. Da Hindenburg und Ludendorff die Note gegen alle Warnung nicht hastig genug hinausgeschickt sehen konnten, war Deutschlands Kraft offenbar wirklich am Ende... So entwarf nunmehr Geheimrat Stumm den schweren Text. Die parlamentarischen Staatssekretäre arbeiteten an der Fassung mit, für die der Kanzler, dessen Art „Defaitismus“ nicht war, ein wenig bewußtere Tonart gewünscht hätte. Nach der Genehmigung ließ sie der Kanzler noch der „Obersten Heeresleitung“ zugehen. Dann sprach Prinz Max die Note in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober zum Präsidenten Wilson durch die Vermittlung der Schweiz:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Auf-

nahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Prinz Max von Baden, Reichskanzler.“

Stille war auf der einen Seite der Welt: Triumphlärm füllte die andere. Bulgarien hatte die Mittelmächte verlassen müssen. Die österreichisch-ungarische Monarchie in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung — auch sie am 5. Oktober — die Bitte des Verbündeten geteilt. Aber all das war unwesentlich für die Westmächte gegenüber dem Eingeständnis des Generals Ludendorff: der Krieg war für Deutschland verloren.

Abwarten war nunmehr alles: indes der Innenbau des neuen Reiches aufgeführt werden sollte. Baustein um Baustein wurde herangetragen: Säule um Säule des alten Reiches stürzte. Unheimlich und unwahrscheinlich mußte jedem Zuschauer der blitzartige Wechsel von Statisterie und Szenerie sein, der in Tagen umwarf, forträumte und aufrichtete, was vor einem halben Jahrhundert aufgebaut und seit Jahrzehnten dem Reichsboden verwurzelt war. Staatssekretäre aus den Reichstagsreihen, sozialdemokratische und Parteiführer des Zentrums, bestiegen als erste die Ministersessel. So zählten sie zugleich zum Bundesrat: der Artikel 9 der Reichsverfassung, der die gleichzeitige Mitgliedschaft in Oberhaus und Unterhaus, in Bundesrat und Reichstag bisher verbot, starb als erste

der Verfassungsbestimmungen, — der 8. Oktober war sein Todestag. Dem Belagerungszustand hatte schon am 5. Oktober ein schneller, kaiserlicher Erlaß, um die Langsamkeit gesetzgeberischen Weges zu überholen, die letzte Kontrolle durch den Kanzler bestimmt: alle Geheimerlässe waren gefallen für die Zukunft. Und schon sechs Tage später stand es fest, daß für alle deutschen Bundesstaaten — die „politische Mündigkeit des deutschen Volkes“ hatte der Kanzler angesagt — das allgemeine und gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht gesichert war: widerspruchslos beugte sich das preußische Herrenhaus am 11. Oktober dem Willen der überwältigend eingebrochenen neuen Zeit, in der die Nehmenden, wie die Gewährenden, beide vor dem gleichen Erlebnis, die einen mehr kühn gemacht, als idealberauscht, die anderen mehr verschüchtert standen, als überzeugt von Ethos und Idee. Es war schon am nächsten Tage, daß ein kaiserlicher Erlaß die politischen Verbrecher amnestierte. Seinen Wortlaut hatte im Zivilkabinett nicht mehr der Kabinettschef von Berg bestimmt. Im Kampfe um die Person des Hertlingschen Erben, den er lieber vor einem Koalitionsministerium, als vor der Reichstagsmehrheit gesehen hätte, hatte sein Amt ein nicht mehr erreichbares Ziel gesucht. Jetzt kam ein neuer Kabinettschef. Ueber seinen Geheimerlaß fiel der Kriegsminister von Stein. General Scheuch, ein Elsässer, löste ihn ab. Und fünf Tage hatte der Staatssekretär von Hintze den Heimgang seines Kanzlers überlebt: dann schied, am 4. Oktober, auch der Staatssekretär. . . . Betäubend war der Grad der Wandlung, betäubend die Wandlungsschnelligkeit, die fast schon Umsturz war. Und mitten in Spannung und Wandlungsfeier hämmerten und schlugen, erbarmungslos und Schlag um Schlag, in Untergangsstimmung und Freiheitswitterung, wie alle Ereignisse rundum, jetzt noch die Noten.

Drei Tage nach dem Waffenstillstandsangebot des Prinzen Max antwortete der Präsident Wilson. Verschiedenes wünschte er von Deutschland zu wissen:

„Meint der Reichskanzler, daß die Kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten am 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein kann, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?“

Der Präsident verlangte Aufklärung darüber, ob die Heere der Mittelmächte sofort aus den besetzten Gebieten zurückgezogen würden. Und stellte noch die Vorfrage:

„Ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“ — —

Nur die Frage der Räumung schien dem Kanzler ein Gegenstand, der gründlichste Erwägung heischte. Wilsons Botschaften waren als Grundlage der Verhandlungen bereits anerkannt. Es konnte sich in der Tat bei Wilsons „Punkten“ nur mehr um „die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung“ handeln. Und daß der Kanzler im Namen der Reichstagsmehrheit, daher für die große Mehrheit des deutschen Volkes sprach, konnte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vor aller Welt noch einmal ausdrücklich bestätigt werden. Aber über die Räumungsfrage mußte General Ludendorff gehört werden. Der Erste Generalquartiermeister kam nach Berlin.

Er kam am 9. Oktober noch als Herr der Heere und mit Betonung der Macht, die immer noch in seinen Händen war. Was in seinem Denken vorging, schien freilich im Ausdruck nicht ganz klar. Er hatte die Bitte um Waffenstillstand binnen Stunden gestellt, hatte damit die Kampfaussichten der deutschen Waffen als hoffnungslos be-

zeichnet, aber nunmehr konnte seine Beurteilung der Frontlage auch zu anderen Schlüssen führen.

„Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes“, erklärte der Generalquartiermeister. Und ein andermal in seinem Ueberblick: „Ernährung war schlecht, damals Stimmung schlecht, jetzt gebessert“ — —

Zum Teil widersprach sich der General unmittelbar. Dem Staatssekretär Solf erwiderte er auf die am 8. Oktober gestellte Frage, „ob die Front noch drei Monate halten könne“, mit kurzem „Nein“. Aber eine Weile später sprach er davon:

„Hoffe im Frühjahr 600 Tanks zu haben.“

Prinz Max hatte am 5. Oktober noch, als er zum erstenmal vor den Reichstag trat, von unzweifelhafter letzter Selbstwehr des Volkes gesprochen, wenn man es in Verzweiflung trieb: ein Warnwort an die Adresse der Gegenpartei. Zwar verwarf der Generalquartiermeister, als jetzt die Zweckmäßigkeit einer „Levée en masse“ erwogen wurde, — das Schlagwort war im Anschluß an die Waffenstillstandsnote von dem Industriellen und Schriftsteller Walther Rathenau in die deutsche Oeffentlichkeit geworfen worden —, ausdrücklich solch letzte Auskunft:

„Ich verspreche mir trotz Menschenmangels von Levée en masse nichts... Levée en masse würde mehr zerstören, als man ertragen kann.“

Aber die ganze Darstellung, die General Ludendorff gab, zeichnete doch die militärische Situation am 9. Oktober so, daß nur wenige im Kabinettsrat glaubten, sich nunmehr ein Bild machen zu können. Der Kanzler hatte am Tage zuvor die Frage schriftlich gestellt:

„Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg allein von uns noch fortgeführt werden?“

Jetzt lautete die Antwort des Generals:

„Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja.“

Konnte aber der Krieg überhaupt noch weitergeführt werden, dann war die Lage des Heeres doch wieder nicht so, wie sie die von der „Obersten Heeresleitung“ geradezu anbefohlene Waffenstillstandsnote gezeigt hatte. Jedenfalls schwankten jetzt Regierung und Kanzler über den Wert des Ludendorffschen Gutachtens schon so sehr, daß der Prinz noch die Auffassungen anderer Militärs hören wollte. Er dachte daran, die Armeeführer über die Frontlage als einen großen, vom Generalfeldmarschall zusammengerufenen Kriegsrat befragen zu lassen. Vielleicht sahen viele Augen klarer. Aber das Selbstbewußtsein des Generalquartiermeisters lehnte sich auf. Aehnliches gestattete er notgedrungen kaum dem Kriegsherrn. Nie dem Kanzler. Es schien ihm genug und mehr, als er sich sonst zuzumuten pflegte, daß er dem Kanzler versicherte, mit dem Generalfeldmarschall „die neue Regierung loyal unterstützen“ zu wollen. Mit der Räumung der besetzten Gebiete war er einverstanden. Er hätte natürlich mit solchem Begehrn gerechnet. Die Räumung wurde dem Präsidenten Wilson zugesagt. Was überhaupt der Präsident wünschte, wurde aufgeklärt. Prinz Max antwortete ihm am 12. Oktober. Der „Zusammentritt einer gemischten Kommission“ wurde zur Räumungsregelung erbeten. Man wartete wieder.

Kaum länger als zwei Tage. Denn in unerwarteter Erregung ließ Präsident Wilson sich jetzt sofort vernehmen. Er antwortete über Tag und Nacht:

„daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft.“

Heftig klagte er zugleich die „ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken“ der deutschen Kriegsführung an. Man könne nicht Waffenstillstand begehren, indes zugleich die Tauchboote an der Arbeit wären; man könne ihn nicht gewähren, indes die deutschen Truppen das Gelände ihres jetzt erzwungenen Rückzuges in Wüstenei verwandelten. Und außerdem:

„Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. Js. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet, wie folgt: „Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die, für sich allein, heimlich und aus eigenem Entschluß, den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.“

Plötzlich war eine Wendung da. Sichtbar vielleicht erst jetzt . . . Es war, als sollte sich die Sprache ändern. Auch wenn die amerikanische Entrüstung nur über U-Bootschäden und Rückzugsverwüstung im Zorn sich zu entladen schien, um leise Schwenkung zu verdecken. In jedem Falle war die Note Alarm. Sie war nicht mehr Rückfrage. Sie war Befehl. Die militärischen Forderungen waren von einschneidender Art. Der Präsident verlangte die Einstellung von Kriegshandlungen, bevor er selbst an Verhandlungen über einen Waffenstillstand gehen wollte. Noch einen Schritt weiter: dann war die Ohnmacht völlig

da. Wiederum fuhr, vom Kanzler aufgefordert, der Erste Generalquartiermeister nach Berlin.

Allerdings mußte sich — am Nachmittage der „Großen Sitzung des 17. Oktobers“ — nicht nur der Staatssekretär Solf, als das Kabinett zum dritten Mal das Beratungszimmer des Reichskanzlers betrat, über die abermals neuen Auffassungen General Ludendorffs wundern. Nicht bloß dem Staatssekretär gegenüber war der Erste Generalquartiermeister erstaunt, daß sein Vorschlag vor drei Wochen, einen Waffenstillstand zu erbitten, als ein Schrei der Not habe betrachtet werden können. Er bestritt, jene Forderung auf 24 Stunden bemessen zu haben. Er versicherte, daß er im Gegenteil die Frontlage sehr ruhig ansehe. In der Tat schien auch sein eigenes Wesen, trotz gewisser hinter Groll sich verschanzender Bedrücktheit, die sich offenbar gegen erwartete Vorwürfe wegen seiner Uebereiletheit wappnen wollte, diesmal doch voll Ruhe und sogar überraschender Zuversicht. Was den Generalquartiermeister betraf, wurde die Zuversicht in der Sitzung selbst noch verstärkt. Der Kriegsminister versprach, da die letzten Möglichkeiten an Ersatz, Zufuhren und Verpflegung verhandelt wurden, für die nächsten Monate vor allem 600 000 Mann neu aufzubringen. Und der Generalquartiermeister, der am 29. September Waffenstillstand verlangt hatte, glaubte am 17. Oktober um so mehr, daß die Situation doch nicht so schlimm wäre. Aber die Stimmung fast aller anderen Teilnehmer am Kabinettsrat war Niedergeschlagenheit und Sorge. Ihr Vertrauen in General Ludendorffs Beurteilung war erschüttert. Ueberdies konnte man den peinlichen Eindruck erhalten, als versuchte der Erste Generalquartiermeister, die Verantwortung an der ganzen Entwicklung, die zweifellos sein Drängen um die Note angebahnt hatte, der Regierung aufzubürden. Der Staatssekretär Solf stellte fest, daß „der Generalquartiermeister umgefallen“ sei.

Ueber die vom Präsidenten Wilson geforderte „Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die für sich allein, heimlich und aus eigenem Entschluß, den Frieden der Welt stören kann“, sprach in der Kabinettsitzung niemand. An der Beratung nahm auch General Hoffmann teil. Ihn hatte der Erste Generalquartiermeister Ludendorff, vor vier Tagen in Entrüstung noch darüber außer sich, daß General Hoffmann auf Anregung des Vizekanzlers und des Staatssekretärs Solf in Berlin über die Lage an der Westfront um Beurteilung ersucht worden war, in versöhnlicher Stimmung telephonisch doch noch nach Berlin gerufen. In vertraulicher Aussprache waren sich jetzt General Hoffmann und Staatssekretär Solf über die Verschiebung der Verhandlungsgrundlagen klar, wenn man die Schlußworte der Präsidentennote ganz genau überlas, — die Ansage eines neuen Kampfes war darin: Wilson stand gegen den Kaiser auf. Aber selbst Andeutung, noch mehr die furchtlose Klarheit, scheut in der Sitzung schließlich alle. Um so mehr, als die letzte Gewißheit noch fehlt und die Erwartung der Meisten noch so war, daß es dem Präsidenten vielleicht doch bloß um Verfassungsgarantien gehen werde.

Das Kabinett wollte sich die Fassung der Antwort an den Präsidenten in sorgfältigster Prüfung jedenfalls noch überlegen. Zu bestimmten Schlüssen kam man nicht. Nur so viel stand fest: die restlose Unheilstimmung war, wenn man General Ludendorffs augenblickliche Uebersicht in die Rechnung zog, vielleicht wirklich verfrüht. Und das Volk stand vielleicht wirklich auf, wenn Wilson den Bogen überspannte. Dann war General Ludendorffs neue Ueberzeugung nur um so günstiger. Von ihr war der Generalquartiermeister am 17. Oktober im Tiefsten felsenfest durchdrungen:

„Ich gehe jetzt noch zwei Tage, wenn es sein muß, in

eine neue Stellung zurück". Er warf die selbstgeglaubten Sätze noch abends, in engstem Kreise, in ein ruhig entspanntes, wieder hoffnungsfrohes Gespräch. „Dann halte ich: da kann dann kommen, was da will. Ich halte beliebig lange. Durch Monate" — —

Er dachte und sprach von der Maasstellung. Er hatte neue 600 000 Mann. Am nächsten Morgen erfuhr die Öffentlichkeit, daß der Erste Generalquartiermeister an die Front zurückgekehrt war. Daß das Königreich Ungarn durch die Verkündigung der Personalunion mit dem Hause Habsburg die Trennung vom Kaisertum Oesterreich vollzogen hatte. Und daß von Kaiser Karl ein Manifest „An seine getreuen österreichischen Völker“ erlassen worden war.

